

Realloohnerhöhungen, mehr Personal, Arbeitszeitverkürzung: Branchenübergreifende Streiks vorbereiten!

Die Inflation in Österreich bleibt auf hohem Niveau und die kapitalistischen Experten und die Regierung fordern Zurückhaltung bei den Löhnen: Sprich, die Arbeitnehmer/innen sollen bezahlen, während die Unternehmen weiter Profite machen. Das ganze Jahr hatte uns die Gewerkschaftsführung erzählt man müsse an der durchschnittlichen Jahresinflation statt der tatsächlichen aktuellen Inflation als Grundlage der Lohnrunden festhalten, da die Unternehmen sonst bei sinkender Inflation auf der aktuellen Inflation beharren würden. Jetzt ist es so, dass die Jahresdurchschnittsinflation bereits an die aktuelle Inflation herankommt (die aktuelle Inflation betrug im Juli 7%, im Jänner noch lag sie bei 11%). Katzian hat am ÖGB-Kongress angekündigt an der Jahresdurchschnittsinflation festzuhalten (mit Stand Juli wären das 9,7% für 2023). Dies gilt es nun aber auch tatsächlich zu verteidigen!

Wir brauchen echte Reallohnsteigerungen

Die Löhne haben ein gesamtes Jahr hinter der tatsächlichen (steigenden) Inflation hinterher gehinkt. Die Arbeitgeber wollen natürlich jene Regelung, die für die Interessen der Arbeitgeber besser ist - bei steigender Inflation ist die Jahresdurchschnittsinflation günstiger, bei sinkender Inflation ist die aktuelle Inflation besser für sie als Grundlage der Verhandlungen. Das bedeutet, die Gewerkschaftsführung muss ihre Versprechen auch halten - wenn die Arbeitgeber Abschlüsse unter der Jahresdurchschnittsinflation wollen, muss ein Kampf organisiert werden, damit über dieser abgeschlossen wird! Im Moment herrscht - trotz beginnenden Insolvenzen und Personalabbau aufgrund der instabilen wirtschaftlichen Lage - aufgrund der Pensionierungswelle in vielen Bereichen ein Arbeitskräftemangel, der sich in steigendem Arbeitsdruck für viele Kolleg/innen ausdrückt - das bedeutet Rückenwind in den KV-Verhandlungen für uns! Er kämpft werden müssen Reallohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, mehr Budget für mehr Personal. Für jene Branchen, in denen sich die Arbeitsmarktlage verschlechtert, könnte die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich die vorhandene Arbeit auf alle aufteilen.

Arbeitszeitverkürzung - bei vollem Reallohn...

Gleichzeitig darf Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn nicht gegen Reallohnsteigerungen ausgespielt werden, wie das im Moment in einigen Branchen passiert. In den konfessionellen Pflegeheimen z.B. wurde die Arbeitszeit um eine Stunde auf 39 Wochenstunden verkürzt - die Gewerkschaftsführung rühmt sich mit einer Erhöhung von 10,65% wenn es in Wirklichkeit nur 8% waren, die Arbeitszeitverkürzung wurde quasi umgerechnet und addiert. Aber wir müssen echte Reallohnsteigerungen erkämpfen, sonst ist dies ja tatsächlich eine Arbeitszeitverkürzung bei Reallohnverlust! Die gesamten 10,65% kommen nämlich tatsächlich nur bei Teilzeikräften zum Tragen.

...und Personalausgleich!

Denn um dem Personalmangel in vielen Branchen zu begegnen wird es radikalere Arbeitszeitverkürzung brauchen - die 32-Stunden-Woche, wie Babler sie vorschlägt - und deutlich höhere Löhne. Wenn der Arbeitsdruck so hoch ist, dass die Menschen die entsprechenden Branchen verlassen, dann muss dieser auch entsprechend entlohnt sein und Entlastung durch entsprechende Freizeit ermöglicht werden! Gleichzeitig muss für die Arbeitszeitverkürzung auch ein Personalausgleich durchgeführt werden, denn genau das ist in den letzten Jahren in den Branchen wo es Arbeitszeitverkürzung gegeben hatte (im Werbe-KV z.B. oder im SWÖ-KV) nicht geschehen - die Kolleg/innen zahlen durch mehr Arbeitsdruck drauf bzw. müssen dieselbe Arbeit in weniger Zeit erledigen. Dafür muss ein Kampf organisiert werden! Gleichzeitig muss es in jenen Branchen, in denen im Moment Insolvenzen stattfinden und Personal abgebaut wird (Handel, Metall), auch gegen die Schließung von Betrieben kämpfen und für die Übernahme durch die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung.

Steigende Kampfbereitschaft

Die Lohnrunden waren im Herbst 2022 in einer "Streikwoche" kulminiert. Das hat im Frühjahr 2023 zu im internationalen Vergleich relativ hohen Abschlüssen geführt, ohne dass es zu Kämpfen gekommen war. Wenn selbst Streikdrohungen (explizit oder implizit durch vorhergegangene Streiks) Zugeständnisse erzwingen können, sind Streiks erst recht die beste Weise um Erfolge zu erzielen. Im Herbst scheint es nun so zu sein, dass die Arbeitgeber bei den Löhnen auf die Bremse steigen wollen. Nun gilt es Schritte für Streiks im Herbst zu organisieren um dem zu kontern. Im späten Frühjahr gab es in den Branchen, die speziell mit Personalmangel und hohem Arbeitsdruck konfrontiert sind, Streiks bzw. Druck in Richtung Streik. Die Freizeitbetreuer/innen streikten dagegen, als billige Ersatzarbeitskräfte für den Lehrermangel in den Schulen einspringen zu müssen. Der Warnstreik der Ärzt/innen an der Klinik Ottakring war Ausdruck dafür, wie dramatisch die Personallage an den Spitälern in Wien ist und ein Anzeichen dafür, dass Kämpfe auch an der Gewerkschaftsführung vorbei - oder sogar gegen sie - sich Bahn brechen können. Das kann dazu führen, dass auch andere Branchen dies aufgreifen. Im Bildungsbereich hat die Initiative "Schule brennt" eine Aktion beim Gewerkschaftstag der GÖD organisiert, um Druck in Richtung Streik im Herbst zu machen. Die UG richtet der GÖD-Führung sogar aus: "Dass es für einen Streik nicht die Zustimmung der Gewerkschaft oder der Personalvertretung braucht, haben gerade Wiener Ärzt:innen vorgezeigt". Youunion und GÖD haben nun für den Gesundheitssektor Abstimmungen über Kampfmaßnahmen für Herbst angekündigt.

Aus Erfahrungen lernen

Die Warnstreiks im Herbst haben vor allem gezeigt, dass enormes Potential besteht, dass mehrere Branchen gemeinsam Druck ausüben könnten. Die Gewerkschaftsführung hat versucht, die Kämpfe fein säuberlich zu trennen. Aber dennoch hat der Streik der Eisenbahner/innen, der Ordensspitäler und der Brauereien in derselben Woche wie ein möglicher Streik des Handels enorme Dynamik entwickelt. Wenn auch der Streik im Handel durchgezogen und gemeinsam mobilisiert worden wäre, mit Streikdemonstrationen, hätten noch bessere Abschlüsse erzielt werden können! Die ÖGB-Führung hat 2022 die Preise-runter-Demonstration nicht mit den Lohnrunden verbunden, obwohl diese knapp vor Auftakt der Verhandlungen statt fand - es wurde auch kaum aus den Betrieben mobilisiert. Wenn es in verschiedenen Branchen im Herbst zu kämpfen kommt, sollten gemeinsame Streikdemonstrationen organisiert werden, wo die gesammelte Kraft der Streikenden sicht- und fühlbar wird - die Freizeitbetreuenden haben es im Juni vorgezeigt. Nötig sind auch demokratische Entscheidungen über Verhandlungsergebnisse. Die Ordensspitäler und die Bahnbeschäftigten haben im Herbst Urabstimmungen über das Verhandlungsergebnis abgehalten. Diese dürfen aber nicht verwendet werden, um die Beschäftigten unter Druck zu setzen, ein Ergebnis annehmen zu müssen. Es muss in den Betrieben echte demokratische Diskussionen bei Betriebsversammlungen geben.

Für demokratische und kämpferische Gewerkschaften

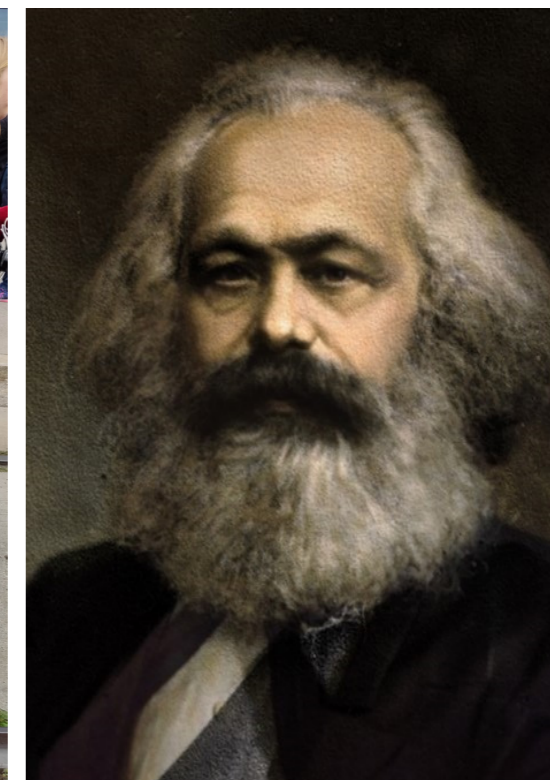
In manchen Branchen gibt es den Beginn von Organisierung von unten. Dort müssen wir ansetzen. Wir müssen die Gewerkschaften in tatsächlich demokratische und kämpferische Organe umwandeln. Das kann innerhalb der FSG auch bedeuten, dass es einen Konflikt geben kann zwischen jenen, die die SPÖ Wien Führung unterstützen und Streiks gegen deren Politik zu unterbinden versuchen, und jenen die Bablers Forderungen umsetzen wollen. Das kann bedeuten, Plattformen, die innerhalb von Branchen Beschäftigte vernetzen (im Gesundheitsbereich und im Bildungsbereich gibt es Ansätze dazu), und Aktivist/innen, die kämpfen wollen, überfraktionell und über die Branchen hinweg zusammenzubringen. Das kann die Selbstorganisation in weniger kämpferischen oder gut organisierten Branchen befeuern. Wir dürfen uns dabei nicht auf das, was innerhalb des Kapitalismus möglich ist, beschränken - wir müssen z.B. in den Spitälern für mehr Budget für alle kämpfen, damit nicht eine Gruppe von Beschäftigten gegen die andere ausgespielt werden kann.

Marx, Babler, KPÖ-Erfolg:

- » 32-Stunden-Woche
 - » Reallohnsteigerungen
 - » Mietpreisstop
- > erkämpfen!
-> Mit dem Kapitalismus brechen!



Credits: Sozialistische Offensive, Wikimedia Commons



- **Keine Reallohnverluste! Für entsprechende Lohnerhöhungen in allen Branchen sowie Anhebung der Pensionen und des Arbeitslosengeldes! Lebensstandards verteidigen!**
- **Mietenstopp jetzt: Entkoppelung der Richtwertmieten vom Inflationsindex!**
- **Entliberalisierung des Energiemarktes sowie Überführung des gesamten Energiesektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung!**
- **Ursache von Krieg, Klimawandel, Krise und Co. beseitigen - Kapitalismus abschaffen!**
- **Wirtschaft demokratisch und nachhaltig planen - für eine echte sozialistische Gesellschaft!**
- **Für eine Kraft die für eine solche Gesellschaft und die Interessen von Arbeitnehmer/innen kämpft!**

Du willst aktiv werden? Jetzt mitmachen!

Wir treffen uns jeden Freitag um 20.00 Uhr
Amerlinghaus, Raum 3, Stiftgasse 8, 1070 Wien

Sozialistische Offensive

Polarisierung in Zeiten multipler Krisen - Lebensstandards verteidigen!

Multiple Krisen

Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen des Kapitalismus - es kracht und bröseln an allen Enden: Krieg, Energiekrise, Teuerung, Klimawandel mit Rekordhitze, immer neue Migrationsströme aufgrund dieser Krisen... Die Regierung managt diese Krisen mehr schlecht als recht, sie hat keine Antworten, aber dafür Angst vor der Bevölkerung. Viele Menschen haben Sorgen und Ängste über die Zukunft. Gleichzeitig wird das Leben für die Menschen immer teurer (Wohnen, Energie, Lebensmittel,...) und die Lohnerhöhungen bleiben durchwegs unter der aktuellen Inflation. Die wirtschaftliche Situation ist instabil, im Handel gibt es erste Insolvenzen. Dem Arbeitskräftemangel in manchen Branchen versucht die Regierung durch immer wieder neue Ideen für Angriffe auf Arbeitnehmer/innenrechte zu begegnen.

Polarisierung

Durch die Wahlerfolge der KPÖ wird sichtbar, dass die FPÖ nicht die einzige Opposition oder Alternative zu „denen da oben“ ist. Auch der Erfolg Bablers könnte dazu führen, dass sich die SPÖ in Umfragen erholt. Dennoch liegt die FPÖ weiterhin in den Umfragen weit vorne. Auch wenn die Linke nun stärker in Erscheinung tritt, bedeutet dies nicht automatisch, dass die FPÖ zurückgedrängt wird. Wir sehen eine Polarisierung in der Gesellschaft. Die

Unterstützung für jene, die als Parteien des Establishment gesehen werden, erodiert. Links und Rechts stehen in permanenter Konkurrenz zu einander. Jeden Fehler, den die Linke macht, nutzt der Rechtspopulismus aus. Viele haben nun verständlicherweise Angst vor einer FPÖ geführten Regierung, die tatsächlich eine Bedrohung ist. Die Kickl-FPÖ ist nochmal ein Stück rechter als die FPÖ, die 2017 in der Regierung saß. Das stellt die Frage der Verantwortung der Linken noch ein Stück schärfer. In NÖ und Salzburg ist die FPÖ nun in der Landesregierung, obwohl die ÖVP zuvor ausgeschlossen hatte, mit ihnen zu koalieren. Die Politik, die sie dort umsetzen, ist ein Versuch von den brennenden Themen - Inflation und Teuerung - abzulenken. Gleichzeitig versuchen Sie über die Vertiefung von Spaltungen in der Arbeiter/innenklasse Unterstützung zu gewinnen.

FPÖ-geführte Regierung?

Wir haben mittlerweile Erfahrung mit der FPÖ in der Bundesregierung - anders, als sie verspricht, setzt sie arbeitnehmer/innenfeindliche Politik um und verliert dadurch notgedrungen einen Teil ihrer Unterstützung. Aber auch das ist kein Automatismus, denn sie hat sich danach jedes Mal wieder erholt. Ein großer Teil der Kapitalist/innen sind ebenso besorgt über eine FPÖ-geführte Regierung, ähnlich wie die herrschenden Klassen in anderen Ländern die besorgt über deren eigene Rechtspopu-

list/innen sind. Das reicht von deren Haltung zu Russland bis zu der Frage, wie diese sich in einer erneuten Krise, wie es die Pandemie war, verhalten würden. Aber auch sie können sich ihre Regierung nicht aussuchen und es ist nicht auszuschließen dass es zu einer FPÖ-geführten Regierung kommt. Als Alternative dazu wird immer wieder eine Babler-geführte Ampel genannt. Wir sehen aber am Beispiel Israel oder Italien, dass Koalitionen deren einziges Ziel ist, den Rechtspopulismus aus der Regierung fernzuhalten, oft erst recht diese stärken und sehr kurzlebige Projekte sind, da sie sich darauf beschränken die Krise des Kapitalismus lediglich zu verwalten. Das gilt auch für eine Babler geführte pro-kapitalistische Ampel-Koalition.

Lebensstandards verteidigen!

Wir werden im Herbst vermutlich erneut aufflammende Kämpfe um die Lohnrunde und andere soziale Fragen sehen. Das kann bedeuten, dass die Hetze der FPÖ auf weniger fruchtbaren Boden fällt, da sich das Bewusstsein in Klassenkämpfen sprunghaft entwickeln kann und Spaltungen überwunden werden können - wenn die Linke die Richtung vorgibt. Sie müsste ein Faktor in diesen Bewegungen sein, um die günstige Situation zu nutzen und die Stimmung nach links zu drücken. Babler hat mit der 32-Stunden-Woche eine Forderung ausgegeben, die begeistert und die Frage von Rassismus

in den Hintergrund drängt. Die KPÖ hat mit der Frage der Mieten eine Frage aufgeworfen, die den Menschen unter den Fingernägeln brennt. Darüber kann der Rechten der Boden entzogen werden. Die Politik der SPÖ Wien (Wien Energie, Mieterhöhungen,...) dagegen stärkt die Position der FPÖ und kann auch bedeuten, dass Babler als zahlos oder gar scheinheilig wahrgenommen wird.

Bruch mit dem Kapitalismus nötig

Der Kapitalismus ist verantwortlich für die Probleme, die wir im Moment haben, inklusive für das Erstarren des Rechtspopulismus. Um ihn nachhaltig zu bekämpfen ist ein Bruch mit dem krisenhaften kapitalistischen System hin zu einer sozialistischen Gesellschaft international nötig. Eine solche würde beginnen, die Schlüsselsektoren der Wirtschaft inklusive des Energiesektors in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung zu bringen und die Wirtschaft demokratisch zu planen, und zwar nach den Bedürfnissen der Menschen und des Planeten. Wenn in einem Land der Kapitalismus fällt, könnte das international angesichts des Zustands des Kapitalismus eine große Ausstrahlung haben. Um das zu erreichen, müssen wir eine neue Kraft aufbauen, die bereit ist, mit dem Kapitalismus zu brechen, um die Ursache der multiplen Probleme zu bekämpfen.

Sozialistische Offensive

Wer wir sind

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Situation verschlimmert sich

Die Zahl der an Depression erkrankten Menschen in Österreich beträgt rund 700.000 Menschen. Diese Zahl zählt allerdings nur die bereits diagnostizierten Personen. Die tatsächliche Zahl liegt sehr wahrscheinlich weit darüber. In ganz Österreich gibt es derzeit rund 100.000 kassenfinanzierte Psychotherapieplätze, mehr als 600.000 weniger als derzeit benötigt werden würden. Das sorgt dafür, dass eine Therapie auf Krankenschein auf zehn Sitzungen begrenzt ist. In Ausnahmefällen kann eine Therapie mittels Antrag verlängert werden. Für Menschen mit psychi-

Mental Health: Kapitalismus macht depressiv

Von Arnold Anderl, SO Wien

2022 haben sich mehrere Jugendliche zu der Gruppe "Change For The Youth" zusammengeschlossen, um gegen die Mängel des Gesundheitssystems im Bereich Mental Health auf die Straße zu gehen. Damit tragen sie ein Thema in die Öffentlichkeit, das in unserer Gesellschaft viel zu wenig Beachtung bekommt. Die soziale Isolation der Lockdowns in der Corona-Krise und die finanziellen Rückschläge durch Inflation sowie schlechte Kollektivvertragsabschlüsse haben die mentalen Belastungen der Menschen noch weiter erhöht.

Situation verschlimmert sich

Die Zahl der an Depression erkrankten Menschen in Österreich beträgt rund 700.000 Menschen. Diese Zahl zählt allerdings nur die bereits diagnostizierten Personen. Die tatsächliche Zahl liegt sehr wahrscheinlich weit darüber. In ganz Österreich gibt es derzeit rund 100.000 kassenfinanzierte Psychotherapieplätze, mehr als 600.000 weniger als derzeit benötigt werden würden. Das sorgt dafür, dass eine Therapie auf Krankenschein auf zehn Sitzungen begrenzt ist. In Ausnahmefällen kann eine Therapie mittels Antrag verlängert werden. Für Menschen mit psychi-

Klimawandel: Geht uns das Wasser aus?

Der Juli 2023 war global gesehen der heißeste Monat der Messgeschichte. International werden die Auswirkungen immer stärker fühlbar - Waldbrände, Unwetter, etc. Österreich ist keine Ausnahme - spätestens der Wassermangel in vielen Gemeinden Österreichs zeigt das. Die durchschnittliche Lufttemperatur in Österreich hat sich seit den 60er Jahren um ca. 2 Grad erhöht. Bereits im Zeitraum von 1986 bis 2015 weisen wir eine negative Wasserbilanz in der Höhe des jährlichen Gesamtwasserverbrauchs der österreichischen Haushalte auf. Seitdem ist die Temperatur um (Durschnitt 2010 bis 2020 berechnen) angestiegen, die Luft kann mit jedem Grad Erwärmung 6% mehr Wassermenge aufnehmen; dieses Wasser kann nicht mehr in den Grundwasserspiegel einsickern, weiters verstärken sich die Niederschlagsmengen. Da der Boden nur eine bestimmte Menge Wasser auf einmal aufnehmen kann, fließt insgesamt also mehr Wasser ab.

Wir fassen zusammen:
1. Wir hatten 2015 bereits eine negative Wasserbilanz
2. Aufgrund der Temperaturentwicklung müssen wir damit rechnen dass ca. zukünftig 10% mehr Wasser durch Verdunstung verloren geht
3. Wir verlieren jedes Jahr gespeichertes Gletscherwasser
4. Durch Regen statt Schnee im Winter geht weiteres Wasser durch Abfluss und Verdunstung verloren

Wasser kennt keine Eigentums Grenzen; es notwendig, die Versorgung der Bevölkerung in den Vordergrund und Profitinteressen zurückzustellen. Industrie und Haushalte greifen auf dieselben Grundwasserkörper zu; wir

Marxismusdebatte: Ist Austromarxismus der „bessere“ Marxismus?

Die Medien und die ÖVP bemühen sich im Moment, marxistische Ideen zu diskreditieren, um den Erfolg von Babler und der KP zu begrenzen. Das ist Ausdruck ihrer Angst davor, dass die Menschen auf der Suche nach Antworten auf die multiplen Krisen des Kapitalismus über die Ideen von Karl Marx stolpern. Während in den 90er Jahren nach dem Zusammenbruch des Stalinismus eine Welle an kapitalistischer Propaganda über die Menschen schwappte, die behauptete, dass der Kapitalismus das beste aller Systeme ist, wächst nun eine junge Generation heran, die nach dem Zusammenbruch des Stalinismus geboren wurde und für die marxistische Ideen und auch die kapitalistische Propaganda dagegen neu sind. Daher wird versucht, die Idee, dass Marxismus automatisch zu stalinistischer Diktatur führt, wieder zu zementieren. Die stalinistischen Staaten hatten zwar eine geplante Wirtschaft, allerdings waren es Diktaturen einer bürokratischen Elite. (siehe Artikel „Endstation Kapitalismus“ in dieser Ausgabe)

Weiterlesen: Artikelserie „Was ist Marxismus“ auf <https://sozialistischeoffensive.home.blog/>

Rotes Wien als positiver Bezugspunkt

Während die ÖVP Straßennahmen umbenennen will, versuchen kapitalistische Medien wie der Standard und bürgerliche Expert/innen wie Anton Pelinka, die Marxismusdebatte in eine systemverträgliche Richtung zu lenken: Der "bessere" Marxismus sei der Austromarxismus. Diesen stellen sie der Marxismuskonzeption Lenins gegenüber, die ihnen zufolge automatisch zu stalinistischer Diktatur führen soll. In der SJ war der Austromarxismus lange ein Bezugspunkt, und auf der Linken gibt es ein gewisses Revival der Ideen Kautskys nach 1914. Viele Menschen verbinden den Austromarxismus positiv mit dem Roten Wien und den Gemeindebauten der 20er Jahre. Diese sind eine Errungenschaft, aber sie waren ein Nebenprodukt der revolutionären Situation von 1918/19 in Österreich, als der Kapitalismus auf der Kippe stand und sich wie in Russland und auch anderen Ländern wie Deutschland und Ungarn Räte gebildet hatten. Anders als heute war die Sozialdemokratie damals eine Massenpartei, eine der mächtigsten sozialdemokratischen Parteien international. Warum konnte sich dennoch der Kapitalismus durchsetzen?

Marxismus Lenins vs. Austromarxismus

Dass die Kapitalist/innen den Austromarxismus dem Marxismus Lenins vorziehen, sagt viel aus: Der Austromarxismus ist für den Kapitalismus nicht bedrohlich, im Unterschied zum Marxismus der Bolschewiki, die 1917 der russischen Revolution zum Sieg über den Kapitalismus verhalfen. Im Gegensatz dazu zeichnen sich die Austromarxist/innen dadurch aus, dass sie radikale Sonntagsreden über Sozialismus hielten und in ihrer täglichen Praxis die revolutionäre Rätebewegung von 1918/19 in parlamentarische Bahnen lenkten und so dem Kapitalismus das Leben retteten. Sie machten eine Trennung in "Minimalprogramm" (tägliche Forderungen) und "Maximalprogramm" (Sozialismus). Das Maximalprogramm wurde dabei immer weiter in die Zukunft verschoben und die beiden wurden nicht miteinander verbunden. Die Bolschewiki dagegen verbanden die täglichen Forderungen ("Land, Friede, Brot") sehr wohl mit der Frage des Sturzes des Kapitalismus und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft ("Alle Macht den Räten").

Zurückweichende Politik

Austromarxist/innen wie Otto Bauer gaben offen zu, dass sie gegen Revolution waren. Leo Trotzki beschreibt, dass die Austromarxist/innen gelehrte Marxist/innen waren, die fähig waren, im Rahmen der politischen Routine solide marxistische Aufsätze zu schreiben. Aber in den entscheidenden Momenten wichen sie zurück. In den Jahren nach 1918/19 versuchte die Reaktion, die erkämpften Errungenschaften zurückzudrängen. Es kam zu mehreren Krisen, in denen die Austromarxist/innen mäißigend auf die Massen einwirkten. Die Austromarxist/innen waren durch ihre Politik für die Machtergreifung des Austrofascismus 1934 verantwortlich. Marxismus ist eine Analyse- und Aktionsmethode, aber vielmehr muss er Anleitung zum Handeln sein. Es reicht nicht, dass Marxismus, wie Babler meint, "eine Brille ist, um auf die Welt zu schauen". Ein Marxismus, mit dem der Kapitalismus gut leben kann, ist das Papier nicht wert, auf dem er steht. Die Debatte über Marxismus kann dazu führen, dass eine neue Generation sich mit den Ideen von Marx und Engels auseinandersetzt. Und das ist für den Kapitalismus tatsächlich bedrohlich.

Von Laura Rafetseder, SO Wien